



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

Teil II – Verordnungen

20. Jahrgang	Potsdam, den 10. Juli 2009	Nummer 19
---------------------	-----------------------------------	------------------

Datum	Inhalt	Seite
16.6.2009	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Anerkennung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten nach § 45b des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung –	330
18.6.2009	Verordnung über die Übertragung des Rechts zur Berufung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an der Fachhochschule Eberswalde	331
22.6.2009	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen für das Studienjahr 2009/2010	331
24.6.2009	Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze in der Sozialhilfe für den gesamten Bedarf des notwendigen Lebensunterhalts außerhalb von Einrichtungen ab 1. Juli 2009	336

**Erste Verordnung zur Änderung
der Verordnung über die Anerkennung
von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten
nach § 45b des Elften Buches Sozialgesetzbuch
– Soziale Pflegeversicherung –**

Vom 16. Juni 2009

Auf Grund des § 45b Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), der durch Artikel 1 Nummer 28 Buchstabe c des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 883) geändert worden ist, verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Verordnung über die Anerkennung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten nach § 45b des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – vom 13. November 2002 (GVBl. II S. 644) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Versicherte in häuslicher Pflege mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung im Sinne des § 45a des Elften Buches Sozialgesetzbuch, die niedrigschwellige Betreuungsangebote nach § 45b Absatz 1 Satz 6 Nummer 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen, erhalten hierfür nach § 45b Absatz 2 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch als Leistung der sozialen oder privaten Pflegeversicherung eine Kostenerstattung bis zu 100 Euro monatlich (Grundbetrag) oder bis zu 200 Euro monatlich (erhöhter Betrag).“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Helferinnen und Helfer“ durch die Wörter „ehrenamtliche Helferinnen und Helfer“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Nummer 2 werden die Wörter „Helferinnen- und Helferkreise“ durch die Wörter „ehrenamtliche Helferinnen- und Helferkreise“ ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3

Anerkennungsvoraussetzungen

(1) Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass die Betreuung durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer erfolgt, die für ihre Aufgaben persönlich und fachlich geeignet sind so-

wie entsprechende Fortbildungen besucht haben. Vorbereitende Schulungen sind hinsichtlich ihres Inhalts und Umfangs auf das jeweilige Betreuungsangebot auszurichten. Sie müssen mindestens 30 Stunden umfassen.

(2) Durch die Schulungen sind insbesondere folgende Inhalte zu vermitteln:

1. Basiswissen über Krankheitsbilder- und Behinderungsarten (Ursachen und Symptome) und ihre psychosozialen Folgen, Behandlungsformen und Pflege der zu betreuenden Menschen sowie Möglichkeiten der Hilfen,
2. Kommunikation und Umgang mit den erkrankten oder behinderten Menschen, Erwerb von Handlungskompetenzen im Umgang mit herausforderndem Verhalten,
3. Möglichkeiten der Betreuung, Beschäftigung und Begleitung der erkrankten oder behinderten Menschen zu Hause und in Betreuungsgruppen,
4. Umgang mit akuten Krisen und Notfallsituationen,
5. psychosoziale Situation von pflegenden Angehörigen,
6. rechtliche Rahmenbedingungen und Regelungen und
7. Rolle und Aufgabenprofil der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

(3) Für die fachliche Anleitung ist eine kontinuierliche Begleitung und Unterstützung der Betreuungspersonen durch eine Fachkraft erforderlich. Als Fachkräfte kommen insbesondere Altenpflegerinnen und Altenpfleger, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Gesundheits- und Krankenpfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger, staatlich anerkannte Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Psychologinnen und Psychologen, Fachärztinnen und Fachärzte für Neurologie, Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie, Fachkräfte für die gerontopsychiatrische Betreuung und Pflege sowie Fachkräfte mit vergleichbaren Abschlüssen in Betracht.

(4) Die Antragstellerinnen und Antragsteller müssen einen angemessenen Versicherungsschutz für Sach- und Personenschäden nachweisen, welche die Betreuungspersonen im Rahmen ihrer Betreuungstätigkeit verursachen oder erleiden können.

(5) Für die Gruppenbetreuung müssen angemessene räumliche Voraussetzungen vorhanden sein.“

4. In § 4 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Der Antragsteller ist“ durch die Wörter „Die Antragstellerinnen und Antragsteller sind“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 16. Juni 2009

Die Landesregierung
des Landes Brandenburg

Der Ministerpräsident

Matthias Platzeck

Die Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Familie

Dagmar Ziegler

**Verordnung über die Übertragung des Rechts
zur Berufung der Hochschullehrerinnen und
Hochschullehrer an der Fachhochschule Eberswalde**

Vom 18. Juni 2009

Auf Grund des § 38 Absatz 5 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Dezember 2008 (GVBl. I S. 318) verordnet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

§ 1

Übertragung des Berufsrechts

Der Fachhochschule Eberswalde wird das Recht zur Berufung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer übertragen.

§ 2

Übergangsvorschrift

(1) Für laufende Berufungsverfahren wird das Berufsrecht übertragen, soweit vor Inkrafttreten dieser Verordnung bei dem für die Hochschulen zuständigen Mitglied der Landesregierung kein Berufungsvorschlag eingereicht worden ist.

(2) Soweit ein Berufungsvorschlag vor Inkrafttreten dieser Verordnung bei dem für die Hochschulen zuständigen Mitglied der Landesregierung eingereicht worden ist, kann das für die Hochschulen zuständige Mitglied der Landesregierung das Berufsrecht im Einzelfall übertragen.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 18. Juni 2009

Die Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Prof. Dr. Johanna Wanka

**Verordnung über die Festsetzung von
Zulassungszahlen für das Studienjahr 2009/2010**

Vom 22. Juni 2009

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Dezember 2008 (GVBl. I S. 318) verordnet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Benehmen mit den Hochschulen:

§ 1

(1) Für die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Studiengänge wird an den dort genannten Hochschulen die Zahl der im Wintersemester 2009/2010 und im Sommersemester 2010 aufzunehmenden Bewerber in das erste Fachsemester nach Maßgabe der Anlage festgesetzt.

(2) Für den in der Anlage aufgeführten Studiengang Psychologie (Diplom) an der Universität Potsdam wird die Vergabe von Studienplätzen an Bewerber im zweiten oder in einem höheren Fachsemester durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) angeordnet.

(3) Für alle übrigen Studiengänge werden die Studienplätze durch die Hochschulen vergeben.

§ 2

(1) Für die in der Anlage bezeichneten Studiengänge an den dort genannten Hochschulen werden auch Zulassungsbegrenzungen für Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, festgesetzt.

(2) Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, werden zum Weiterstudium im zweiten oder in einem höheren Fachsemester nur in dem Maße neu aufgenommen, wie die Zahl der Studierenden des jeweiligen Fachsemesters unter der festgelegten Auffüllgrenze liegt.

(3) Soweit nicht in der Anlage im Einzelnen festgelegt, entsprechen die Auffüllgrenzen den für den betreffenden Studiengang festgesetzten Zulassungszahlen für Studienanfänger.

§ 3

(1) Von den in der Anlage festgesetzten Zulassungszahlen zum ersten Fachsemester im Studiengang Rechtswissenschaft (Staatsexamen) an der Universität Potsdam stehen höchstens 50 Studienplätze auf Grund der vereinbarten Zusammenarbeit zwischen der Universität Potsdam und der Universität Paris-Nanterre französischen Bewerbern zur Verfügung.

(2) Von den in der Anlage festgesetzten Zulassungszahlen zum ersten Fachsemester im Studiengang Verwaltung und Recht (Diplom) an der Technischen Fachhochschule Wildau stehen sieben Studienplätze für Bewerber zur Verfügung, die auf Grund des besonderen öffentlichen Bedarfs im Rahmen des Regelaufstiegs in den gehobenen Dienst nach § 30 der Laufbahnverordnung von der Landesregierung benannt werden.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen für das Studienjahr 2008/2009 vom 24. Juni 2008 (GVBl. II S. 230) außer Kraft.

Potsdam, den 22. Juni 2009

Die Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Prof. Dr. Johanna Wanka

Anlage

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 2009/2010	SoSe 2010
Universität Potsdam			
Anglistik/Amerikanistik (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	150	0
Arbeitslehre (BA-LSIP)	1. FS	62	0
Arbeitslehre/Technik (BA-LG) nur 2. Fach	1. FS	22	0
Biologie (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	61	0
	2. FS	0	57
	3. FS	54	0
	4. FS	0	51
	5. FS	48	0
	6. FS	0	46
Biowissenschaften (BS 180 LP)	1. FS	142	0
	2. FS	0	128
	3. FS	115	0
	4. FS	0	104
	5. FS	93	0
	6. FS	0	84
Betriebswirtschaftslehre (BS 90 LP/60 LP)	1. FS	100	0
Betriebswirtschaftslehre (BS 180 LP)*	1. FS	150	0
Chemie (BS 180 LP)	1. FS	60	0
Chemie (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	49	0
Computerlinguistik (BA 210 LP)	1. FS	20	0
Deutsch (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	135	0
Englisch (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	121	0
Ernährungswissenschaft (BS 180 LP)	1. FS	60	0
	2. FS	0	55
	3. FS	51	0
	4. FS	0	46
	5. FS	42	0
	6. FS	0	39
Erziehungswissenschaft (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	92	0
Europäische Medienwissenschaft (BA 180 LP)	1. FS	41	0
Europäische Medienwissenschaft (MA 120 LP)	1. FS	18	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 2009/2010	SoSe 2010
Französisch (BA-LSIP; LG)	1. FS	48	0
Französische Philologien (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	61	0
Germanistik (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	140	0
Geschichte (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	101	0
Geschichte (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	135	0
Geographie (BA-LSIP; LG)	1. FS	70	0
	2. FS	0	67
	3. FS	64	0
	4. FS	0	62
	5. FS	60	0
	6. FS	0	57
Geoökologie (BS 180 LP)	1. FS	61	0
	2. FS	0	60
	3. FS	58	0
	4. FS	0	56
	5. FS	54	0
	6. FS	0	53
Geoökologie (D)	7. FS	37	0
	8. FS	0	34
Geowissenschaften (BS 180 LP)	1. FS	115	0
	2. FS	0	106
	3. FS	98	0
	4. FS	0	91
	5. FS	84	0
	6. FS	0	77
Gräzistik (BA 60 LP)	1. FS	10	0
Grundschulpädagogik Lehramt BA-LSIP/SP: (Fächer und Lernbereiche je 25 SWS)			
Mathematik (kleines Fach)	1. FS	80	0
Deutsch (kleines Fach)	1. FS	80	0
Sachunterricht (kleines Fach)	1. FS	100	0
Internationale Beziehungen (MA 120 LP)	1. FS	33	0
Italienische Philologie (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	50	0
IT-Systems Engineering (BS 180 LP)	1. FS	60	0
IT-Systems Engineering (MS 120 LP)	1. FS	40	
Jüdische Studien (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	65	0
Kulturwissenschaften (BA 90 LP)	1. FS	90	0
Latinistik (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	30	0
Latein (BA-LG)	1. FS	36	0
Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (BA-LSIP; LG 2. Fach)	1. FS	52	0
Linguistik (BS 180 LP)	1. FS	24	0
Linguistik (BS 90 LP/60 LP)	1. FS	25	0
Musik (BA-LSIP; LG)	1. FS	44	0
Musikwissenschaft (BA 60 LP)	1. FS	33	0
Patholinguistik (BS 210 LP)	1. FS	35	0
Philosophie (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	80	0
Politik und Verwaltung (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	166	0
Politische Bildung (BA-LSIP; LG)	1. FS	55	0
Psychologie (D)	3. FS	87	0
	4. FS	0	85
	5. – 6. FS	84	83
	7. – 8. FS	81	80
Psychologie (BS 180 LP)*	1. FS	96	0
	2. FS	0	92
Polonistik (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	59	0
Polnisch (BA-LSIP; LG)	1. FS	30	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 2009/2010	SoSe 2010
Rechtswissenschaft (ST)	1. FS 2. – 4. FS 5. – 8. FS	400 297 385	0 601 333
Rechtswissenschaft (BA 60 LP)			
– öffentliches Recht	1. FS	40	0
– Recht der Wirtschaft	1. FS	30	0
– Zivilrecht	1. FS	15	0
– Strafrecht	1. FS	15	0
Religionswissenschaft (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	81	0
Russistik (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	104	0
Russisch (BA-LSIP; LG)	1. FS	42	0
Soziologie (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	220	0
Spanisch (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	55	0
Spanische Philologien (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	107	0
Sportmanagement (BA 180 LP)	1. FS	63	0
Sporttherapie und Prävention (BA 180 LP)	1. FS	29	0
Sportwissenschaft (D)	7. FS 8. FS	74 0	0 73
Sport (BA-LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS 2. FS 3. – 4. FS 5. – 6. FS	72 0 70 69	0 71 70 68
Volkswirtschaftslehre (BA 90 LP/60 LP)	1. FS	160	0
Wirtschaftsinformatik (BS 180 LP)	1. FS	65	0
Stiftung Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)			
Betriebswirtschaftslehre (BA)	1. FS	175	0
German and Polish Law (BA)	1. FS	100	0
Internationale Betriebswirtschaftslehre (BA)	1. FS	175	0
International Business Administration (BA)	1. FS	50	0
International Business Administration (MA)	1. FS	25	25
Kulturwissenschaften (BA)	1. FS	150	108
Volkswirtschaftslehre (BA)	1. FS	68	0
Fachhochschule Brandenburg			
Betriebswirtschaftslehre (BA)	1. FS	102	0
Fachhochschule Eberswalde			
Finanzmanagement (BA) ¹	1. FS	30	0
Forstwirtschaft (BA) ²	1. FS	50	0
International Forest Ecosystem Management (BA) ²	1. FS	56	0
Landschaftsnutzung und Naturschutz (BA)	1. FS	59	0
Ökolandbau und Vermarktung (BA)	1. FS	50	0
Regionalmanagement (BA) ¹	1. FS	39	0
Unternehmensmanagement (BA) ¹	1. FS	60	0
Hochschule Lausitz (FH)			
Soziale Arbeit (BA)	1. FS	112	0
Fachhochschule Potsdam			
Archivwesen (BA)	1. FS	33	0
Bauingenieurwesen (D)	1. FS	82	0
Bibliothekswesen (BA)	1. FS	33	0
Bildung und Erziehung (BA)	1. FS	29	0
Dokumentation (BA)	1. FS	32	0
Interfacedesign (BA)	1. FS	25	0
Kulturarbeit (D)	1. FS	25	0
Kommunikationsdesign (BA)	1. FS	47	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 2009/2010	SoSe 2010
Produktdesign (BA)	1. FS	28	0
Restaurierung (D)	1. FS	28	0
Soziale Arbeit (BA)	1. FS	95	0
Soziale Arbeit (Onlinestudiengang; BA)	1. FS	0	30
Soziale Arbeit (Fernstudiengang; MA)	1. FS	21	0
Technische Fachhochschule Wildau			
Betriebswirtschaftslehre (BA)	1. FS	99	0
Betriebswirtschaftslehre (Fernstudiengang; D)	1. FS	60	0
Betriebswirtschaftslehre (Fernstudiengang; Aufbaustudium; D)	1. FS	30	0
Bioinformatik/Biosystemtechnik (BA)	1. FS	56	0
Europäisches Management (BA)	1. FS	62	0
Ingenieurwesen (BA)	1. FS	122	0
Logistik (BA)	1. FS	74	0
Luftfahrttechnik/Luftfahrtlogistik (BA)	1. FS	48	0
Telematik (BA)	1. FS	56	0
Verwaltung und Recht (D)	1. FS	35	0
Wirtschaft und Recht (BA)	1. FS	90	0
Wirtschaftsinformatik (MA)	1. FS	58	0
Wirtschaftsingenieurwesen (BA)	1. FS	66	0
Wirtschaftsingenieurwesen (Fernstudiengang; D)	1. FS	47	0

Anmerkungen:

- ¹ nicht ausgeschöpfte Studienanfängerplätze stehen für die anderen Studiengänge zur Verfügung
² nicht ausgeschöpfte Studienanfängerplätze stehen für den anderen Studiengang zur Verfügung
* vorbehaltlich der Genehmigung zur Einrichtung des Studiengangs

BA, BS	=	Bachelor
D	=	Diplom
EW	=	Erweiterungsstudiengang (postgradual)
LG	=	Bachelor Lehramt an Gymnasien
LP	=	Leistungspunkte
LSIP	=	Bachelor Lehramt Sekundarstufe I und Primarstufe
LSIP/SP	=	Bachelor Lehramt Sekundarstufe I und Primarstufe mit dem Schwerpunkt Primarstufe
MA, MS	=	Master
SoSe	=	Sommersemester
ST	=	erstes juristisches Staatsexamen
SWS	=	Semesterwochenstunden
WS	=	Wintersemester

**Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze
in der Sozialhilfe für den gesamten Bedarf
des notwendigen Lebensunterhalts außerhalb
von Einrichtungen ab 1. Juli 2009**

Vom 24. Juni 2009

Auf Grund des § 28 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022, 3023), der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 5 des Gesetzes vom 2. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2670) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 der Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze für den gesamten Bedarf des notwendigen Lebensunterhalts außerhalb von Einrichtungen vom 28. Juni 2007 (GVBl. II S. 150) verordnet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern:

§ 1

Die Regelsätze für den gesamten Bedarf des notwendigen Lebensunterhalts außerhalb von Einrichtungen mit Ausnahme der zusätzlichen Leistung für die Schule nach § 28a sowie von Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 29 und der Sonderbedarfe nach den §§ 30 bis 34 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden für das Land Brandenburg wie folgt festgesetzt:

1. für den Haushaltsvorstand
und für Alleinstehende (Eckregelsatz) 359 Euro,

2. für Haushaltsangehörige
- a) bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres 215 Euro,
b) ab Beginn des 7. bis zur Vollendung
des 14. Lebensjahres 251 Euro,
c) ab Beginn des 15. Lebensjahres 287 Euro,
3. für zusammenlebende Ehegatten oder
Lebenspartner jeweils 323 Euro.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2009 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Festsetzung der Regelsätze in der Sozialhilfe für den gesamten Bedarf des notwendigen Lebensunterhalts außerhalb von Einrichtungen ab 1. Juli 2008 vom 19. Juni 2008 (GVBl. II S. 230) außer Kraft.

Potsdam, den 24. Juni 2009

Die Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Familie

Dagmar Ziegler

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 46,02 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24 – 25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam 0331 5689-0